Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,— für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3248.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zustellungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 293. [48. Jahrgang.] Sonntag den 13. Dezember 1908. Zweite (Morgen-)Ausgabe. [48. Jahrgang.] Nr. 293.

Berlin, den 12. Dezember.

Wochen-Rundschau.

Bei der allgemeinen Beratung des Haushaltsetats im Reichstage wurden, wie üblich, aus der Mitte des Hauses auch die schwebenden auswärtigen Fragen in die Debatte gezogen, woraus der Reichskanzler Fürst v. Bülow und der Staatssekretär v. Schoen Veranlassung nahmen, sich über die zur Erörterung gestellten Angelegenheiten zu äußern. Der gegenwärtigen internationalen Lage entsprechend standen die Vorgänge im Orient und ihre fernere diplomatische Behandlung im Vordergrunde des Interesses. Fürst v. Bülow stellte in seiner Rede vom Montag zunächst nochmals fest, daß der friedliche Umschwung der türkischen Verhältnisse vom absolutistischen Regiment zu einem nach modernen Grundsätzen regierten Staatswesen in Deutschland mit keiner geringeren Sympathie begrüßt worden sei als in irgend einem anderen Lande. Deutschland habe den aufrichtigen Wunsch, die Türkei aus dem Umwandlungsprozeß, in dem sie sich befindet, politisch und wirtschaftlich gekräftigt hervorgehen zu sehen. Was die Krisis anlangt, die nach der Angliederung Bosniens und der Herzegowina an Oesterreich-Ungarn sowie nach der Unabhängigkeitserklärung Bulgariens entstand, so waren für den Reichskanzler zwei Grundsätze vom Beginn an maßgebend: erstens, daß die deutsche Politik sich bei diesen Vorgängen nicht in die Vorhand drängen lassen solle, und zweitens, daß Deutschland treu zum verbündeten Oesterreich-Ungarn zu stehen habe. An beiden Grundsätzen hat Deutschland vom ersten Tage der Krisis festgehalten. Insbesondere hat unsere Politik, wie Fürst v. Bülow gegenüber dem Abgeordneten Speck hervorhob, ohne Zögern seinen Platz an der Seite Oesterreich-Ungarns genommen. Daß diese Politik auf die Zustimmung der großen Mehrheit des Reichstags rechnen kann, bewies der lebhafte Beifall, mit dem das Haus die Erklärungen des Reichskanzlers am Montag und nicht minder am Donnerstag aufnahm, als Fürst v. Bülow nochmals die Unerschütterlichkeit des Bündnisses mit Oesterreich-Ungarn und den Ernst betonte, mit dem Deutschland seine Bundespflichten betrachte. Niemand, der die Stimmung bei uns im Lande kennt, wird bezweifeln, daß die von der Volksvertretung geteilte Auffassung der Regierung in den weitesten Kreisen der deutschen Nation lebhaften Widerhall findet.

Der Stand der Verhandlungen über die Einberufung einer Konferenz zur Regelung der schwebenden Orientangelegenheiten hat sich in den letzten Tagen augenscheinlich etwas günstiger gestaltet. Die Vorschläge, die bisher der Fortführung der Verhandlungen zwischen Oesterreich-Ungarn und der Türkei hindernd im Wege stand, ist dank dem Entgegenkommen der ottomanischen Regierung in ein Stadium gebracht worden, in dem sie für die Wiederaufnahme der Verhandlungen über die Angliederung der beiden ehedem okkupierten Provinzen kein Hemmnis mehr bildet. Hinsichtlich der zwischen Wien und Petersburg geführten Unterhandlungen ist als eine neue Tatsache von großer Wichtigkeit die Ueberreichung einer österreichisch-ungarischen Note in Petersburg zu verzeichnen, die wohl geeignet erscheint, einer vor Zusammentritt der Konferenz zu erzielenden Verständigung über die bosnische Frage die Bahn zu ebnen. Der Ausschlaggebende Gesichtspunkt bleibt, daß durch die Vorverhandlungen ein Verlauf der Konferenz gesichert wird, der die Konferenz zu einem Beruhigungsmittel, nicht aber zu einem Erregungsmittel werden läßt. Jeder Schritt, der in der Richtung auf dieses Ziel im Einklang mit den Interessen Oesterreich-Ungarns geschieht, darf auf die wohlwollende Unterstützung Deutschlands rechnen. Wenn nun aber russische und französische Blätter die Nachricht bringen, der türkische Botschafter in Berlin habe dem Großmeister telegraphiert, daß Fürst von Bülow den österreichisch-ungarischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten den dringenden Rat gegeben habe, die Unterhandlungen mit der Türkei wieder aufzunehmen und alle möglichen Zugeständnisse zu machen; die Unterhandlungen müßten unbedingt zu einem günstigen Ende geführt werden, da die Lage anfange, beunruhigend zu werden, so ist demgegenüber zu bemerken, daß Deutschland selbstverständlich während der gegenwärtigen Krise mit seinem Bundesgenossen in enger Fühlung und regem Meinungsaustausch steht; daß Deutschland aber Oesterreich-Ungarn einen Rat geben könnte, der auf eine Demütigung der Donaumonarchie hinausliefe, bedarf keiner besonderen Widerlegung.

Wie oben erwähnt wurde, ist das Hindernis, das der Fortführung der Unterhandlungen Oesterreich-Ungarns mit der Türkei entgegenstand, durch entgegenkommende Erklärungen der ottomanischen Regierung beseitigt worden. Mit Bezug hierauf wird aus Wien von heute nachmittag nachstehende halbamtliche Mitteilung verbreitet:

„Seit Beginn der Boykottbewegung in der Türkei hat die österreichisch-ungarische Regierung kein Mittel unversucht gelassen, um dieser Bewegung zu steuern, wobei sie es nicht nur nicht dabei hat bewenden lassen, zu wiederholten Malen die allerernstesten Vorstellungen in Konstantinopel zu erheben, sondern sich vielfach selbst die ihr zugekommenen Reklamationen geschädigter Exporteure und Schiffahrtsgesellschaften mit allem Nachdruck zu vertreten sich veranlaßt sah. Der Boykott hat zur Folge gehabt, daß die Verhandlungen, die Oesterreich-Ungarn mit der Pforte behufs Erzielung eines Einverständnisses wegen der Annexion Bosniens und der Herzegowina eingeleitet hatte, bedauerlicherweise eine Unterbrechung erfuhren. Die österreichisch-ungarische Regierung hat bei ihren Bemühungen, dem Boykott ein Ende zu bereiten, der Pforte gegenüber stets den Standpunkt vertreten, daß sie von ihr ein mit den Bestimmungen des Handelsvertrages im Einklang stehendes Verhalten zu verlangen berechtigt sei, und zwar in dem Sinne, daß unsere Schiffe bei ihren Operationen geschützt werden, die Konnivenz der zollamtlichen Organe aufhöre und das Publikum nicht gehindert werde, österreichische und ungarische Kaufläden zu betreten. Die türkische Regierung sah sich daraufhin kürzlich veranlaßt, in pflichtlicher Weise zu erklären, daß den Zollbehörden die entsprechenden Weisungen erteilt worden seien, und daß die Pforte in den Grenzen der ihr gesetzlich zustehenden Befugnisse alles aufbieten werde, um dem Boykott zu steuern. Von dieser Erklärungen hat die österreichisch-ungarische Regierung Akt genommen und die türkische Regierung darauf aufmerksam gemacht, daß, wenn sie diesen von ihr anerkannten Verpflichtungen nicht nachkommen sollte, sie für alle etwa daraus entstehenden materiellen Schäden haftbar wäre. Mit Rücksicht darauf, daß infolge der Erklärungen der türkischen Regierung und unserer Erwiderung über die Frage des Boykotts eine prinzipielle Divergenz nicht mehr besteht, hat die österreichisch-ungarische Regierung, um einen Beweis freundschaftlichen Entgegenkommens zu geben, sich bereit erklärt, die bisher unterbrochen gewesenen Verhandlungen wieder aufzunehmen. Der österreichisch-ungarische Botschafter in Konstantinopel hat demnach die entsprechenden Weisungen erhalten, und es würde hier lebhaft begrüßt werden, wenn die bald zu gewärtigenden Verhandlungen zu einem vollen Einvernehmen führen und in gleichem Schritt auch die wirtschaftlichen Beziehungen wieder in ein normales Gleis zurückkehren würden."

Auch in Deutschland wird dieser Wunsch aufrichtig geteilt, dessen Erfüllung nicht nur im Interesse der unmittelbar Beteiligten liegt, sondern im Interesse des allgemeinen Friedens zu erhoffen ist.

Wenn es sich nicht um Dinge handelte, deren ernste Natur von selbst eine ernsthafte Behandlung durch die politische Publizistik erheischt, könnte es beinahe belustigend wirken, wie gewisse Kreise im Auslande bestrebt sind, keine noch so unpassende Gelegenheit vorüberziehen zu lassen, ohne sich in grotesken Gedankensprüngen zu ergehen. Aus dem Umstande, daß der Reichskanzler am Donnerstag mit besonderem Nachdruck vom Bündnis mit Oesterreich-Ungarn sprach, ohne zugleich das Bündnis mit Italien zu erwähnen, sucht der Pariser Temps eine Unfreundlichkeit gegen dieses herzuleiten. Er meint, der Kanzler rede in einer Weise, als ob Deutschland nur einen Verbündeten hätte, nämlich Oesterreich-Ungarn. Da Oesterreich-Ungarn zurzeit mit dem italienischen Verbündeten nicht gerade in großer Harmonie lebe, sehe die Zusage für Oesterreich-Ungarn fast wie eine Absage an Italien aus. Der Kanzler spiele mit seiner Methode, den Dreibund zu teilen, ein gewagtes Spiel. Diese Sorge um den Dreibund nimmt sich gerade in den Spalten des Temps sonderbar genug aus. Aber hiervon abgesehen, geht das Pariser Organ mit Stillschweigen über die Tatsache hinweg, daß die Aeußerungen des Reichskanzlers durch Ausführungen des Abg. Haußmann über Oesterreich-Ungarns Vorgehen in der Angliederungsfrage hervorgerufen waren. Hätte Herr Haußmann auch Italien in entsprechender Art gestreift, so wäre Fürst v. Bülow vermutlich auch darauf eingegangen. Ueberdies muß auffallen, daß der Temps am Freitag bereits vergessen hat, daß der Reichskanzler in seiner Rede vom Montag der italienischen Politik längere Ausführungen gewidmet und die vermittelnde Haltung Italiens gewürdigt hat. Unter Hinweis auf die jüngsten Darlegungen der italienischen Minister Tittoni und Giolitti, die die große Wichtigkeit des Dreibundes für die eigene Entwicklung Italiens hervorgehoben haben, gab Fürst v. Bülow der Ueberzeugung Ausdruck, daß die zuletzt hervorgetretenen Gegensätze zwischen Italien und Oesterreich-Ungarn ebenso wie die früheren sich würden ausgleichen lassen. Im Interesse Italiens liege es, nicht nur mit Deutschland, sondern auch mit Oesterreich-Ungarn verbündet zu sein. Einer der schärfstblickenden Diplomaten, denen er (der Reichskanzler) begegnet sei, Graf Nigra, habe ihm nicht lange vor seinem Tode gesagt, Italien könne mit Oesterreich-Ungarn nur verbündet oder verfeindet sein. Wie die Abstimmung der italienischen Kammer, mit der die große Debatte über die auswärtige Politik schloß, gezeigt hat, sieht die große Mehrheit der italienischen Volksvertretung auch heute noch hinter den Staatsmännern, die sich seit 1882 immer von neuem zum Dreibund als der für Italien günstigsten Kombination bekannt haben. Wir glauben deshalb nicht, daß das italienische Volk einer Belehrung durch den Temps bedürftig ist.

Mehrfach wurde von Rednern aus dem Hause der Zwischenfall von Casablanca gestreift. Irrige Auffassungen, die über das letzte Stadium der darauf bezüglichen deutsch-französischen Unterhandlungen laut geworden waren, gaben dem Reichskanzler Fürsten v. Bülow und späterhin dem Staatssekretär des Auswärtigen v. Schoen Veranlassung, mit einigen Worten darauf zurückzukommen. Es wurde festgestellt, daß die Kaiserliche Regierung von Frankreich niemals eine Entschuldigung verlangt habe, daß vielmehr lediglich von dem Ausdruck des Bedauerns die Rede gewesen sei, eine Unterscheidung, die auf der linken Seite des Hauses mit Lachen aufgenommen wurde. Wer für eine solche Unterscheidung kein Verständnis hat, muß sich mit völkerrechtlichen Dingen niemals näher befaßt haben. Sowohl im Deutschen wie im Französischen decken die entsprechenden Wörter ganz verschiedene Begriffe. Eine Entschuldigung setzt ein Schuldbekenntnis voraus, das in einem Augenblick zu verlangen, in dem eine schiedsrichterliche Entscheidung angeregt wird, nicht nur unbillig, sondern auch widersinnig gewesen wäre. Ein solches Ansinnen hat der deutschen Regierung schon deshalb selbstverständlich vollkommen fern gelegen. Der wirkliche Hergang war folgender: die deutsche Regierung regte am 18. Oktober die Ueberweisung der Entscheidung der Rechtsfrage an ein Schiedsgericht an, indem sie einen zwiefachen Ausdruck des Bedauerns zur Voraussetzung machte. Zunächst sollten beide Regierungen ein allgemeines Bedauern über den Zwischenfall aussprechen. Daran sollte sich ein Spezialbedauern anschließen, und zwar seitens Frankreichs über den Eingriff in die deutschen Konsularrechte, seitens Deutschlands über die nicht ganz korrekte Auszeichnung von Gelegenheiten an einige Fremdenlegionäre durch den deutschen Konsul. Da die französische Regierung erklärte, daß sie nach den ihr vorliegenden amtlichen Berichten nicht zugeben könne, daß ein unberechtigter Eingriff in die deutschen Konsularrechte stattgefunden habe, wurde von deutscher Seite um die bezüglichen Berichte gebeten. Nachdem die deutschen Berichte bereits Ende Oktober der Pariser Regierung zugänglich gemacht waren, wurde der Bericht des französischen Polizeikommissars am 7. November hier überreicht. Aus diesem ergab sich, daß es nicht nur die Rechtsfrage, sondern auch die Tatfrage zweifelhaft erschien. Die deutsche Regierung zögerte aus diesem Grunde nicht, auf das beiderseitige Spezialbedauern zu verzichten und sich mit der Ueberweisung der Rechts- und der Tatfrage an ein Schiedsgericht einverstanden zu erklären. Wir glauben, daß hiermit vollkommen klargestellt ist: 1. daß Deutschland der Französischen Republik niemals die Annahme von Bedingungen angesonnen hat, die demütigend oder der Entscheidung des Schiedsgerichts präjudizierend gewesen wären, und 2. daß Deutschland weder einen Rückzug angetreten noch gar eine diplomatische Niederlage erlitten hat; die veränderte Haltung ergab sich aus den veränderten Umständen ganz von selbst. Im übrigen handelt es sich hierbei um Dinge, die lediglich historisches Interesse haben. Mit der Ueberweisung der Angelegenheit an ein Schiedsgericht ist der Zwischenfall in einer der Würde beider Nationen gerecht werdenden Weise erledigt worden.

Im Laufe seiner Darlegungen vom Montag berührte der Reichskanzler das jüngst zwischen den Vereinigten Staaten und Japan abgeschlossene Abkommen und betonte, daß wir keinen Anlaß haben, dieses Abkommen anders als mit Sympathie zu begrüßen, da es eine weitere Garantie der friedlichen Entwicklung des fernen Ostens und eine neue Stütze der selben Prinzipien bilde, die in dem deutsch-englischen Abkommen vom Oktober 1900 niedergelegt sind. Letzterer Uebereinkunft sei Japan seinerzeit ausdrücklich beigetreten. Von der Ausschaltung Deutschlands in Ostasien sei also so wenig die Rede wie in der Türkei oder anderswo. Bei dieser Gelegenheit möchten wir darauf hinweisen, daß auch die bekannte Veröffentlichung des Daily Telegraph keine ungünstige Rückwirkung auf die guten Beziehungen zwischen Deutschland und Japan geübt hat. Wir lesen mit Bezug hierauf in der letzten hier eingetroffenen Nummer der Deutschen Japan-Post: „Der Daily Telegraph hat dafür gesorgt, daß die neuesten Auslassungen des Deutschen Kaisers über die deutsche Politik gegenüber England und die Bestimmung der deutschen Flotte in der Zukunft die gesamte Presse der Welt beschäftigt und wohl auch alle hier im Osten lebenden deutschen Landsleute in starke Erregung versetzt haben. Schien es doch eine Zeitlang fast, als sollte das ganze Interview wieder eine scharfe Wendung gegen Japan erhalten, und als stünden die deutsch-englischen und die deutsch-japanischen Beziehungen in Gefahr, aufs neue ernstlich dadurch gestört zu werden. „Shimonoseki" und die „gelbe Gefahr", zwei Schlagworte, die in den letzten zehn Jahren nur gar zu oft uns Deutschen hier in Japan von der Presse und auch von Politikern entgegengerufen werden sind, und die von beiden Seiten mit gutem Willen der Vergessenheit anheim gegeben werden sollten, waren wieder in aller Munde. Sie hätten sicherlich aufs neue Unheil stiften können, wenn nicht auch die Japaner in der Zwischenzeit erfahren hätten, wie leicht derartige Verdächtigungen auf die politischen Beziehungen eines Volkes zurückwirken können, und wie schwer es ist, sich dagegen zu verteidigen. Es war eine harte Probe, auf welche die Regierung und auch die Presse Japans in diesen Tagen gestellt worden sind. Es mußte sich jetzt zeigen, ob der gute Wille zur freundschaftlichen Gestaltung der beiderseitigen Beziehungen bereits gute Früchte gezeitigt hatte oder nicht. Wir geben an anderer Stelle unseres Blattes eine genaue Uebersicht über die Aeußerungen der hiesigen Presse zu dem schnell berühmt gewordenen Interview des Kaisers. Daraus wird jeder objektive Leser so viel ersehen, daß der Ton der japanischen Presse in dieser heiklen Angelegenheit trotz aller tendenziösen Färbung einiger Londoner Telegramme vollkommen ruhig und sachlich gehalten ist und sich von allen Aeußerungen irgendwelcher Empfindlichkeit ferngehalten hat." Und an anderer Stelle des Artikels heißt es, jeder unparteiische Leser werde bestätigen müssen, daß die japanische Presse der Hauptsache eine sehr wohltuende Zurückhaltung in dieser ganzen Angelegenheit gewahrt habe.

Nachdem mehrere Abgeordnete die Frage einer internationalen Einschränkung der Rüstungen zur See in den Kreis der Erörterung gezogen hatten, gab Fürst v. Bülow auch über diese Angelegenheit eingehende Aufklärungen. Zunächst stellte der Reichskanzler fest, daß ein darauf bezüglicher Vorschlag an Deutschland nicht herangetreten ist. Deutschland habe seit jeher eine internationale Beschränkung der Rüstungen für eine an und für sich sehr wünschenswerte Sache gehalten. Die Zurückhaltung Deutschlands in dieser Frage sei hervorgegangen aus Zweifeln an der praktischen Durchführbarkeit solcher Vorschläge und an der Opportunität ergebnisloser Diskussionen, die in einer so heiklen Frage die Gegensätze, statt sie zu mildern, leicht verschärfen könnten. Der leitende Staatsmann wies sodann auf die praktischen Schwierigkeiten im einzelnen hin und hob hervor, daß gerade Deutschland auf dem strategisch ungünstigsten Platz stehe, und seine Rüstungen von der Notwendigkeit diktiert seien, sich nach verschiedenen Fronten verteidigen zu können. Die Situation in Europa sei in diesem Augenblick keine besonders behagliche; Deutschlands Lage aber würde eine schlechte und der Frieden Deutschlands in dem Augenblick ernstlich bedroht werden, in dem wir unsere Rüstungen vermindern würden unter den Stand, den unsere Lage erheische. Schließlich betonte der Reichskanzler, daß Deutschland im Flottenbau über das nach unserem Schutzbedürfnis bestimmte und demgemäß gesetzlich festgelegte Maß nicht hinausgehen würde. Wie die Kreuzeitung zu diesen Darlegungen bemerkt, hat sich Fürst v. Bülow, wie durch seine Erklärung über das Bündnis mit Oesterreich-Ungarn, so auch durch die Ausführungen über die Flottenfrage um den Frieden verdient gemacht. „Er wies", so schreibt das genannte Blatt, „darauf hin, daß gerade in der Gegenwart durch jede Verringerung unserer Rüstungen der Friede ernstlich bedroht werden würde. Aber er betonte auch gleichzeitig, daß der Umfang unserer Rüstungen zur See

---

Das Unglücksschiff.

Von C. Wellner.

[Nachdruck verboten.]

Dr. Stephan Hartmann stand am Hafen und harrte des Augenblicks, da das Laufbrett des großen Dampfers Sonnenblume herabgelassen werden würde. Er freute sich auf die Seereise, die ihn nach Sydney führen sollte — ihn, seine Tochter und deren Vater. Herr und Fräulein Bernhard waren noch nicht da, und Stephan hatte genügend Zeit, sich das große, schöne Schiff vom Lande aus genau zu betrachten.

Plötzlich horchte er auf.

„Ein grobartiges Schiff", hörte er eine männliche Stimme dicht neben sich sagen.

„Ja, ja, das ist schon richtig", antwortete ein tiefer Baß, „aber es ist nicht geheuer damit. Sie fahren doch nicht etwa mit der Sonnenblume?"

Der diese Frage stellte, war ein alter, graubärtiger Seemann. Der andere, ein ziemlich junger Herr, schien dem Kaufmannsstand anzugehören.

„Nein, nein, ich kam nur hierher, um das Schiff abfahren zu sehen. Aber was ist mit dem Schiff nicht geheuer?"

„Ja, das ist so 'ne Sache. Ein Schiff ist ein Glücksschiff, das andere ist eben ein Unglücksschiff. Und die Sonnenblume ist eben ein Unglücksschiff."

„Aber wieso denn?" drängte der junge Mann.

„Es passiert immer was auf dem Schiff. Keine Fahrt ohne Mord oder Selbstmord. Auf einer Reise kamen nicht weniger als drei Damen um — ein andermal ein Kapitän — ein drittes Mal der erste Offizier — ein viertes Mal der zweite Steuermann und so weiter! Auf der letzten Fahrt war's der Schiffsdoktor —"

„Aber das ist doch unglaublich!"

„Na, Sie brauchen's ja nicht zu glauben, wenn Sie nicht wollen. Erfundigen Sie sich mal genau, da werden Sie hören, ob ich wahr gesprochen habe."

„Aber für diese Vorfälle muß es doch eine Erklärung geben."

„Ja, die weiß der liebe Himmel!"

Dr. Hartmann hatte große Lust, den alten Seemann seinerseits auszufragen, in diesem Augenblick jedoch kam seine Braut mit ihrem Vater an, und der Anblick des über alles geliebten Mädchens, das in wenigen Monaten seine Frau werden sollte, verscheuchte jeden anderen Gedanken aus seinem Hirn.

Rose lächelte ihn glückstrahlend an, als sie ihm die Hand zum Gruße bot.

Die Reise nahm ihren Anfang, und es ging alles gut. Das Wetter war wunderschön, die Kajüten lagen vorzüglich, und das Essen war vortrefflich zubereitet. Das einzige, was Dr. Hartmann mißfiel, war das Gesicht des Kapitäns. Er war ein schweigsamer, ernster Mensch mit unsagbar düster blickenden Augen, dessen Gesellschaft nicht gerade zur allgemeinen Fröhlichkeit beitrug. Im Gegenteil, seine Gegenwart wirkte fast erdrückend auf die in seiner Nähe Befindlichen.

Der Steward, der bei Tisch bediente, war äußerst geschickt und umsichtig, aber Doktor Hartmann hatte schon vom ersten Augenblick an ein Gefühl der Abneigung gegen ihn gefaßt. Der Mann hieß Solman. „Sieleiman hätte besser gepaßt", dachte Stephan bei sich, „denn der Kerl ist sicherlich ein Orientale."

Und diese Ansicht sollte bald Bestätigung finden. Doktor Hartmann schlenderte eines Abends auf Deck umher, als er aus einer dunklen Ecke die monotonen Laute einer Rohrpfeife oder Flöte vernahm. Stephan hatte diese Töne schon einmal am Ufer des Nils gehört, von einem Schlangenbändiger, der dort seine Kunst zum besten gab. Er näherte sich langsam, um zu sehen, wer der Musizierende sei. Es war Solman. Kaum hatte er jedoch bemerkt, daß er beobachtet wurde, als er sein Instrument rasch verbarg und davonschlich.

„Merkwürder Kerl", murmelte Doktor Hartmann vor sich hin.

Einige Zeit später gingen seltsame Gerüchte auf dem Schiffe um. Mehr als einer der Passagiere hatte von den rätselhaften Todesfällen an Bord der Sonnenblume gehört. Und Dr. Hartmann fragte sich spätter, ob der arme Kapitän nicht von Todesahnungen erfüllt gewesen sei. Denn sonderbarerweise verunglückte dieser unter denselben rätselhaften Umständen, wie die früheren Opfer der Sonnenblume. Kapitän Schmidt beging in den frühen Morgenstunden Selbstmord, indem er sich von seiner Kommandobrücke in das Meer stürzte. Die Wogen gingen so hoch, daß eine Suche nach seiner Leiche vergeblich war. Der Grund zu seinem Selbstmord blieb ein Rätsel.

Dr. Hartmann wurde unruhig. Er erinnerte sich der Worte des alten Seemannes vor der Abfahrt des Schiffes, und er wünschte nichts sehnlicher, als daß er und seine Braut sowie deren Vater nicht mit der Sonnenblume gefahren wären. Eine unbeschreibliche Angst um Rose erfüllte ihn.

Das Entsetzen und die Furcht, welche sich der Passagiere seit dem Tode des Kapitäns bemächtigt, hatten sich kaum etwas gelegt, als sich eine neue Schreckensnachricht verbreitete: ein Matrose war über Bord gefallen oder abgesprungen. Er hatte den ganzen Tag über heftige Schmerzen gehabt und am Abend hohes Fieber gehabt. Später hatten seine Kameraden ihn in seiner Hängematte schlafend liegen gesehen und waren am frühen Morgen durch den Ruf: „Mann über Bord!" aufgeschreckt worden. Der Unglückliche wurde nicht gefunden.

„Die Sache ist doch entsetzlich rätselhaft", meinte Dr. Hartmann zu dem Schiffsarzt, mit dem er sich angefreundet hatte.

„Niederträchtig geheimnisvoll ist sie!" rief der Doktor ärgerlich. „Die Leute sagen, es ginge auf dem Schiff um. Manche wollen auch schon einen Geist gesehen haben. So ein Unsinn!"

„Wir kommt es vor", meinte Stephan, „als sei hier irgend eine Teufelei im Spiel — eine menschliche Teufelei!"

„Ja, aber was kann es nur sein?"

„Wir kommt es vor, als sei die Ursache all der Unglücksfälle in Gift zu suchen."

„Wir sind leider nie in der Lage gewesen, die Leichen der armen Opfer zu untersuchen", versetzte der Arzt.

Stephan schwieg einige Augenblicke und dachte nach. Dann sagte er:

„Die Selbstmorde haben fast immer um dieselbe Zeit stattgefunden — immer in den frühen Morgenstunden."

„Wenn die meisten schlafen."

„Ist denn niemals eine Wache aufgestellt worden?"

„Nein, ich glaube nicht."

„Das muß aber jetzt geschehen. Wenn eins der Opfer gerettet werden könnte, würde man vielleicht der Ursache auf den Grund kommen."

„Ich werde mal die Sache vorschlagen", sagte der Arzt. Und noch an demselben Abend wurde eine Wache aufgestellt.

Aber damit war Dr. Hartmann nicht zufrieden. Ihn hatte eine wahnsinnige Angst gepackt, das nächste Opfer könne seine geliebte Braut sein, und darum wachte er selbst mit.

Und in früher Morgenstunde an einem der nächsten Tage, inmitten des Stillen Ozeans, schreckte Dr. Hartmann der Ruf des wachthabenden Matrosen auf, und er sah, wie eine weiße Gestalt blitzschnell über Deck stürzte und auf die Bank an der Reling kletterte, bereit, den Todessprung zu tun. Er kam zur rechten Zeit. Mit beiden Händen umfaßte er die weiße Gestalt, die sich heftig sträubte und schrie, und riß sie von der Bank herunter, um im nächsten Augenblick, von jähem Entsetzen gepackt, zu erkennen, daß es seine Braut war. Seine Rose — deren Augen unheimlich glühten, die von einer wahnsinnigen Angst erfüllt zu sein schien. Er trug sie in ihre Kajüte und ließ sich den Schiffsarzt rufen.

Dieser wollte ein Schlafmittel geben, aber Dr. Hartmann schrie ihn an:

„Nein, nein, Ammoniak und Kognak! Aber rasch, rasch! Sehen Sie doch her!" Dabei zeigte er auf einen Fleck am Arm des jungen Mädchens — einen merkwürdigen dreieckigen Fleck, dessen Umgebung dunkelrot angeschwollen war.

„Ein Schlangenbiß!" murmelte der Arzt, schweigend anwendend, was Dr. Hartmann vorgeschlagen, obgleich beide Männer fürchteten, daß Rettung unmöglich sei.

Aber Rose wurde wie durch ein Wunder gerettet. Ihre Jugend und ihre blühende Gesundheit überwanden die Gefahr. Eine Erklärung für den Zustand, in dem sie sich befunden, vermochte sie nicht zu geben.

Als Dr. Hartmann Rose verließ, nachdem er die Gewißheit erlangt, daß sie aller Gefahr entboten war, lag ein gefährlich drohender Ausdruck in seinen Augen. Er war glücklich — aber er sann auf Rache.

Und es war, wie er erwartete. Er traf den von ihm Gesuchten — Solman — dabei, wie er irgend etwas eifrig suchte. Aber und dort nahm er einen Haufen Taue in die Höhe oder faßte unter andere Gegenstände und ließ sie wieder fallen. Dr. Hartmann beobachtete ihn eine ganze Weile aus einem Versteck. Solman pfiff verschiedenemale dreimal hintereinander leise in lockendem Ton. Dann holte er aus seiner Tasche eine Rohrflöte und blies darauf.

„Aha, so lockt man Schlangen!" rief Stephan plötzlich und trat mit drohenden Augen auf den Orientalen zu.

Dieser erschrak heftig. Abschaß wurde sein Gesicht, und die Augen traten weit aus den Höhlen hervor.

„Allah! Allah!" stieß er entsetzt aus. „Was will der Herr von mir?"

„Was suchen Sie?" donnerte Dr. Hartmann.

„Barmherzigkeit!" wimmerte der Mann. „Ich kann